

Rothbard: Waffenrecht erklärt

Von [Murray N. Rothbard](#) | 21. August 2023

Der folgende Text ist ein Auszug aus [For a New Liberty](#), 1973, S. 139 ff.:

Wenn, wie Libertäre glauben, jedes Individuum das Recht hat, sowohl Eigentum als auch die eigene Person zu besitzen, dann folgt daraus, dass es das Recht hat, Gewalt anzuwenden, um sich gegen die Gewalt krimineller Angreifer zu verteidigen. Aber aus irgendeinem seltsamen Grund haben die Linken¹ systematisch versucht, unschuldigen Personen die Mittel zu entziehen, um sich gegen Angriffe zu verteidigen. Obwohl der Zweite Verfassungszusatz garantiert, dass „das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht verletzt werden darf“, hat die Regierung dieses Recht systematisch weitgehend ausgehöhlt. So verbietet das [Sullivan-Gesetz](#) im Bundesstaat New York wie auch in den meisten anderen Bundesstaaten das Tragen von „verdeckten Waffen“ ohne eine von den Behörden ausgestellte Erlaubnis. Durch dieses verfassungswidrige Gesetz wurde nicht nur das Tragen von Waffen stark eingeschränkt, sondern die Regierung hat dieses Verbot auch auf fast jeden Gegenstand ausgedehnt, der möglicherweise als Waffe dienen könnte – selbst auf solche, die nur zur Selbstverteidigung verwendet werden können. Infolgedessen wurde potenziellen Opfern von Verbrechen das Mitführen von Messern, Tränengasfüllern oder sogar Hutnadeln untersagt und Personen, die sich mit solchen Waffen gegen einen Angriff verteidigt haben, wurden ihrerseits durch die Behörden strafrechtlich verfolgt. In den Städten hat dieses invasive Verbot von verdeckten Waffen die Opfer faktisch jeder Möglichkeit der Selbstverteidigung gegen Verbrechen beraubt. (Es stimmt zwar, dass es kein offizielles Verbot für das Tragen einer nicht verdeckten Waffe gibt, aber ein Mann in New York City, der vor einigen Jahren das Gesetz testete, indem er mit einem Gewehr durch die Straßen ging, wurde prompt wegen „Störung des öffentlichen Friedens“ verhaftet.) Darüber hinaus werden die Opfer durch die Bestimmungen gegen „unverhältnismäßige“ Gewalt bei der Selbstverteidigung so sehr eingeschränkt, dass der Kriminelle durch das bestehende Rechtssystem automatisch einen enormen Vorteil erhält.

Es sollte klar sein, dass kein physischer Gegenstand *an sich* aggressiv ist; jeder Gegenstand, sei es eine Schusswaffe, ein Messer oder ein Stock, kann zum Angriff, zur Verteidigung oder für zahlreiche andere Zwecke verwendet werden, die nichts mit Verbrechen zu tun haben. Es macht genauso wenig Sinn, den Kauf und Besitz von Waffen zu verbieten oder einzuschränken wie den Besitz von Messern, Knüppeln, Hutnadeln oder Steinen. Und wie sollen all diese Gegenstände verboten werden, und wenn sie verboten werden, wie soll das Verbot durchgesetzt werden? Anstatt unschuldige Menschen zu verfolgen, die verschiedene Gegenstände bei sich tragen oder besitzen, sollte sich das Gesetz also mit der Bekämpfung und Festnahme echter Krimineller befassen.

¹ Anmerkung des Übersetzers: Das Wort „liberals“ habe ich mit „Linke“ übersetzt. In USA werden Menschen, die politisch links stehen, oft als „liberal“ bezeichnet. Das ist irreführend. Ich habe „liberal“ im gesamten Text mit „links“ übersetzt.

Darüber hinaus gibt es noch eine weitere Überlegung, die unsere Schlussfolgerung untermauert. Wenn Waffen eingeschränkt oder verboten werden, gibt es keinen Grund zu glauben, dass entschlossene Kriminelle dem Gesetz viel Beachtung schenken werden. Kriminelle werden außerdem immer in der Lage sein, Waffen zu erwerben und zu tragen; es werden nur ihre unschuldigen Opfer sein, die unter dem fürsorglichen Sozialismus leiden, der Gesetze gegen Schusswaffen und andere Waffen verhängt. Genauso wie Drogen, Glücksspiel und Pornografie legalisiert werden sollten, sollten auch Waffen und alle anderen Gegenstände, die der Selbstverteidigung dienen können, legalisiert werden.

In einem bemerkenswerten Artikel, der die Kontrolle von Kurz Waffen angreift (jene Art von Waffen, die Linke am meisten einschränken wollen), tadelt Don B. Kates, Jr., Juraprofessor an der Universität St. Louis, seine linksliberalen Kollegen dafür, dass sie auf Waffen nicht dieselbe Logik anwenden, die sie auch für Marihuanagesetze benutzen. So weist er darauf hin, dass es in Amerika heute über fünfzig Millionen Kurz Waffenbesitzer gibt und dass laut Umfragen und Erfahrungen aus der Vergangenheit zwischen zwei Drittel bis über achtzig Prozent der Amerikaner ein Verbot von Kurz Waffen nicht befolgen würden. Das unvermeidliche Ergebnis wäre, wie im Falle der Sexualstraf- und Marihuana-Gesetze, eine harte Bestrafung und eine dennoch sehr selektive Durchsetzung, was zu einer Geringschätzung des Gesetzes und der Strafverfolgungsbehörden führen würde. Und das Gesetz würde selektiv gegen diejenigen durchgesetzt werden, die den Behörden nicht gefallen: „Die Durchsetzung wird zunehmend willkürlicher, bis die Gesetze schließlich nur noch gegen diejenigen angewandt werden, die bei der Polizei unbeliebt sind. Wir müssen uns wohl kaum an die abscheulichen Durchsuchungs- und Beschlagnahmestaktiken erinnern, zu denen verdeckte Ermittler von Polizei und Regierung oft gegriffen haben, um jene in die Falle zu locken, die gegen diese Gesetze verstoßen.“ Kates fügt hinzu: „Wenn diese Argumente bekannt klingen, liegt das wahrscheinlich daran, dass sie den linken Standardargumenten gegen Marihuanagesetze ähneln.“

Kates fügt dann einen äußerst scharfsinnigen Einblick zu diesem merkwürdigen blinden Fleck bei Linken hinzu:

Waffenverbote sind das geistige Kind weißer Linker aus der Mittelschicht, die die Lebenssituation von Armen und Minderheiten in Gegenden, in denen die Polizei die Verbrechensbekämpfung aufgegeben hat, nicht wahrhaben wollen. Diese Linken haben sich in den fünfziger Jahren auch nicht über die Marihuana-Gesetze aufgeregt, als die Razzien auf die Ghettos begrenzt waren. Sicher in gut überwachten Vorstädten oder in Hochsicherheitswohnungen, die von privaten Sicherheitsdiensten bewacht werden (die niemand entwaffnen will), verhöhnt der ignorante Linke Waffenbesitz als „einen Anachronismus aus dem Wilden Westen“.

Kates weist ferner auf den empirisch nachgewiesenen Wert der Selbstverteidigung mit Schusswaffen hin: In Chicago beispielsweise haben bewaffnete Zivilisten in den letzten fünf Jahren auf rechtmäßige Weise dreimal so viele Gewaltverbrecher getötet wie die Polizei. Und in einer Studie über mehrere hundert gewalttätige Auseinandersetzungen mit Kri-

minellen stellte Kates fest, dass die bewaffneten Zivilisten erfolgreicher waren als die Polizei: Zivilisten, die sich selbst verteidigten, nahmen in 75 % der Auseinandersetzungen Kriminelle gefangen, verwundeten, töteten oder schreckten sie ab, während die Polizei nur eine Erfolgsquote von 61 % hatte. Es stimmt, dass Opfer, die sich gegen einen Raubüberfall wehren, mit größerer Wahrscheinlichkeit verletzt werden als solche, die passiv bleiben. Kates weist jedoch auf unbeachtete Einschränkungen hin: (1) dass Widerstand ohne Waffe für das Opfer doppelt so gefährlich ist wie Widerstand mit einer Waffe und (2) dass die Entscheidung für Widerstand vom Opfer und seinen Lebensumständen und Werten abhängt.

Für einen weißen linken Akademiker mit einem gut gefüllten Bankkonto ist die Vermeidung von Verletzungen von zentraler Bedeutung. Für den Gelegenheitsarbeiter oder den Sozialhilfeempfänger, der der Mittel beraubt wird, um seine Familie einen Monat lang zu ernähren – oder für einen schwarzen Ladenbesitzer, der keine Versicherung gegen Raubüberfälle abschließen kann und durch aufeinanderfolgende Überfälle buchstäblich in den Ruin getrieben wird –, wird dies zwangsläufig weniger wichtig sein.

Und die 1975 von der Organisation Decision Making Information durchgeführte bundesweite Umfrage unter Kurzwaffenbesitzern ergab, dass zu den wichtigsten Untergruppen, die eine Waffe *nur* zur Selbstverteidigung besitzen, Schwarze, die untersten Einkommensgruppen und ältere Bürger gehören. „Das sind die Leute“, warnt Kates wortgewandt, „bei denen man vorschlägt, sie ins Gefängnis zu stecken, weil sie darauf bestehen, den einzigen Schutz, der ihren Familien zur Verfügung steht, in den Gebieten zu behalten, in denen die Polizei aufgegeben hat.“

Wie sieht es mit historischen Erfahrungen aus? Haben Verbote von Kurzwaffen das Ausmaß der Gewalt in der Gesellschaft wirklich stark gesenkt, wie die Linken behaupten? Die Beweislage spricht genau für das Gegenteil. Eine umfangreiche Studie der Universität von Wisconsin kam im Herbst 1975 zu dem eindeutigen Schluss, dass „Gesetze zur Waffenkontrolle weder individuell noch kollektiv zu einer Verringerung der Gewaltverbrechen führen“. In der Wisconsin-Studie wurde beispielsweise die Theorie getestet, dass normalerweise friedliche Menschen unwiderstehlich versucht sind, ihre Waffen abzufeuern falls diese griffbereit sind und sie sich in einer aufgeheizten Stimmung befinden. Im Vergleich der einzelnen Bundesstaaten fand die Studie *keinerlei Zusammenhang* zwischen den Besitzquoten von Kurzwaffen und den Mordraten. Dieses Ergebnis wird durch eine Harvard-Studie aus dem Jahr 1976 über ein Gesetz in Massachusetts untermauert, das für jeden, der ohne staatliche Genehmigung eine Kurzwaffe besitzt, eine Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis vorsieht. Es stellte sich heraus, dass dieses Gesetz aus dem Jahr 1974 im Jahr 1975 das Tragen von Schusswaffen und die Zahl der Angriffe mit Schusswaffen tatsächlich erheblich reduziert hat. Aber, siehe da, die Harvard-Forscher stellten zu ihrer Überraschung fest, dass es keinen entsprechenden Rückgang bei jeglicher Art von Gewalt gab. Jedenfalls:

Wie frühere kriminologische Studien nahelegten, wird ein wütender Bürger, der keine Kurzwaffe besitzt, zur weitaus tödlicheren Langwaffe greifen. Nimmt man ihm alle Schusswaffen weg, wird er sich mit Messern, Hämmern usw. als fast ebenso tödlich erweisen.

Und es ist klar: „Wenn die Verringerung des Besitzes von Kurzwaffen nicht zu einer Verringerung von Tötungsdelikten oder anderen Gewalttaten führt, ist ein Kurzwaffenverbot nur eine weitere Verlagerung von Polizeiresourcen von echten Verbrechen hin zu [Verbrechen ohne Opfer](#).“

Schließlich weist Kates noch auf einen weiteren interessanten Aspekt hin: Eine Gesellschaft, in der friedliche Bürger bewaffnet sind, ist viel wahrscheinlicher eine Gesellschaft, in der couragierte Bürger, die Opfern von Straftaten freiwillig zu Hilfe kommen, gedeihen werden. Nimmt man den Menschen jedoch die Waffen weg, wird die Bevölkerung – mit fatalen Folgen für die Opfer – dazu neigen, die Angelegenheit der Polizei zu überlassen. Bevor der Staat New York Kurzwaffen verbot, waren Fälle von Zivilcourage viel weiter verbreitet als heute. Und in einer kürzlich durchgeführten Umfrage über Fälle von Zivilcourage waren nicht weniger als 81 % der Helfer im Besitz von Schusswaffen. Wenn wir eine Gesellschaft fördern wollen, in der die Bürger ihren Nachbarn in Not zu Hilfe kommen, dürfen wir ihnen nicht die tatsächliche Macht nehmen, etwas gegen Verbrechen zu unternehmen. Es ist sicher der Gipfel der Absurdität, die friedlichen Bürger zu entwaffnen und sie *dann*, wie es üblich ist, der „Apathie“ zu bezichtigen, weil sie den Opfern krimineller Übergriffe nicht zu Hilfe eilen.

Über den Autor:

[Murray N. Rothbard](#) leistete wichtige Beiträge zu Wirtschaft, Geschichte, politischer Philosophie und Rechtstheorie. Er verband die österreichische Schule der Nationalökonomie mit einem leidenschaftlichen Engagement für die Freiheit des Einzelnen.

Weitere Aufsätze von Murray N. Rothbard in deutscher Übersetzung finden sich hier: <https://www.misesde.org/2011/09/rothbard-murray-n/>

Den amerikanischen Originalartikel „**Rothbard: Gun Regulation Explained**“ kann man hier abrufen: <https://mises.org/wire/rothbard-gun-regulation-explained>

Übersetzung: September 2023

Links im Text stammen vom Übersetzer.